Deutscher Bundestag **Drucksache 16/195**
16. Wahlperiode 13. 12. 2005

Antrag

der Abgeordneten Peter Bleser, Ursula Heinen, Gitta Connemann, Julia Klöckner, Marlene Mortler, Uda Carmen Freia Heller, Franz-Josef Holzenkamp, Dr. Peter Jahr, Dr. Hans-Heinrich Jordan, Hartmut Koschyk, Dr. Max Lehmer, Johannes Röring, Kurt Segner, Jochen Borchert, Hubert Deittert, Josef Göppel, Susanne Jaffke, Sibylle Pfeiffer, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Bernhard Schulte-Drüggelte, Volkmar Uwe Vogel, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Ulrich Kelber, Volker Blumentritt, Dr. Gerhard Botz, Elvira Drobinski-Weiß, Gustav Herzog, Ute Kumpf, Holger Ortel, Dr. Wilhelm Priesmeier, Mechthild Rawert, Marianne Schieder, Olaf Scholz, Dr. Angelica Schwall-Düren, Dr. Marlies Volkmer, Manfred Zöllmer und der Fraktion der SPD

Lebensmittelskandalen effektiv entgegenwirken – Verbraucher umfassend informieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Anzahl der bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten bei der Lagerung und Lieferung von Fleisch (Fleischskandale) hat in den vergangenen Monaten besorgniserregend zugenommen. Die jüngsten kriminellen Machenschaften, Umetikettierung und Handel mit verdorbenem Fleisch, haben die Verbraucher in Deutschland verunsichert und das Vertrauen in die Sicherheit der Lebensmittel erschüttert. Als Folge des kriminellen Handelns einzelner Unternehmen leidet die ganze Branche unter den ökonomischen Folgen. Die Zahl der aufgedeckten Fälle ist allein in 2005 höher als in den vergangenen zehn Jahren.

Neben mangelnder Transparenz, Schwächen in der Lebensmittelüberwachung und einem erheblichen Maß an krimineller Energie sind der hohe Preisdruck im Lebensmittelhandel und die Wettbewerbssituation auf den Fleischmärkten für diese Skandale mitverantwortlich.

CDU, CSU und SPD haben sich bereits im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass Lebensmittelsicherheit und Qualitätssicherung absolute Priorität besitzen. Zur Vorbeugung und Bekämpfung von Lebensmittelskandalen sind zahlreiche Maßnahmen vereinbart worden, die schnellstmöglich umgesetzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Maßnahmen der Bundesregierung:

1. ein Verbraucherinformationsgesetz einzubringen, das den hohen Ansprüchen der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Transparenz und Information über gesundheitsgefährdende oder risikobehaftete Produkte gerecht wird. Wenn Unternehmen nachweislich gegen verbraucherschützende Rechtsvorschrif-

ten verstoßen, müssen diese durch Namensnennung – auch der belieferten Unternehmen – öffentlich gemacht werden. „Schwarze Schafe“ müssen genannt und zur Rechenschaft gezogen werden. Sie dürfen nicht eine ganze Branche in Misskredit bringen;

2. die Rückverfolgbarkeit bei Lebensmitteln insgesamt transparenter zu gestalten sowie insbesondere die Dokumentation bei Transporten von Material der Kategorie 3 (nicht mehr zum Verzehr bestimmte Produkte) zu verbessern, um die Rückverfolgung zu gewährleisten und die Umdeklarierung zu erschweren;
3. bei den Kennzeichnungsverfahren gemeinsam mit den Ländern Möglichkeiten zu erarbeiten, mit denen eine Umdeklarierung von Schlachtabfällen, die nicht zum menschlichen Verzehr bestimmt sind, verhindert werden kann;
4. die Koordinierungskompetenz des Bundesamtes für Verbraucherschutz in Absprache mit den Ländern zu stärken, um schnellere Reaktionen auch zwischen den Bundesländern zu ermöglichen sowie die Behörden zu sensibilisieren, die geltenden Strafrahmen zur Sanktionierung konsequenter auszuschöpfen. Lebensmittelkontrolle ist Aufgabe der Länder. Lebensmittelskandale haben aber gezeigt, dass eine bessere länderübergreifende Koordinierung notwendig ist. Denn Kriminelle nutzen die Lücken in der länderübergreifenden Überwachung und transportieren ihre Ware umgehend weiter, um so konsequenten Lebensmittelkontrollen zu entkommen;
5. gemeinsam mit den Ländern die Einrichtung eines nationalen Frühwarnsystems zu prüfen, in dem über entdeckte Verstöße gegen das Lebensmittel- und Futtermittelrecht zeitnah und unabhängig von krisenhaften Vorgängen der Informationsaustausch zwischen Ländern und Bundesbehörden stattfindet;
6. die staatliche Lebensmittelkontrolle mit privatrechtlichen Qualitätssicherungssystemen zu verzahnen und ein Pilotprojekt zu initiieren, in dem die staatliche Lebensmittelkontrolle enger mit der privaten Qualitätssicherung zusammenarbeitet. Daneben soll die Kapazitätsausstattung der Überwachungsbehörden kritisch überprüft werden, um Schwachstellen in der Überwachungstätigkeit sicher ausschließen zu können und einen effektiven Einsatz der Ressourcen sicherzustellen. Eine wirksame Lebensmittelkontrolle muss auch vor dem Hintergrund knapper Finanzmittel gewährleistet sein. Die bestehenden Potentiale in der Lebensmittelkontrolle müssen weiter ausgeschöpft werden, um so ohne zusätzliche Bürokratie eine Verbesserung der Effizienz zu erreichen;
7. im Kartellrecht die Lücken beim Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis im Lebensmittelbereich zu schließen, um so den Preisdruck bei Lebensmitteln zu stoppen;
8. Lebensmittelunternehmer zu verpflichten, die zuständigen Behörden über Lieferungen von nicht sicheren Lebensmitteln zu unterrichten. Nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher sind die Betrogenen. Oftmals verlassen sich auch Unternehmen gutgläubig auf die Kennzeichnung und stehen hinterher mit verdorbenem, wertlosem Fleisch ebenso als Betrogene da;
9. durch die Einrichtung einer Anlaufstelle, die vertrauliche Informationen entgegennimmt, den Informantenschutz für Mitarbeiter aus der Lebensmittelwirtschaft zu verbessern, damit sie vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen geschützt werden;

10. auf EU-Ebene zu überprüfen, inwieweit Regelungen zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit geändert werden müssen, um weiteren Fleischskandalen vorzubeugen.

Berlin, den 13. Dezember 2005

Peter Bleser
Ursula Heinen
Gitta Connemann
Julia Klöckner
Marlene Mortler
Uda Carmen Freia Heller
Franz-Josef Holzenkamp
Dr. Peter Jahr
Dr. Hans-Heinrich Jordan
Hartmut Koschyk
Dr. Max Lehmer
Johannes Röring
Kurt Segner
Jochen Borchert
Hubert Deittert
Josef Göppel
Susanne Jaffke
Sibylle Pfeiffer
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Bernhard Schulte-Drüggelte
Volkmar Uwe Vogel
Wolfgang Zöller
Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Ulrich Kelber
Volker Blumentritt
Dr. Gerhard Botz
Elvira Drobinski-Weiß
Gustav Herzog
Ute Kumpf
Holger Ortel
Dr. Wilhelm Priesmeier
Mechthild Rawert
Marianne Schieder
Olaf Scholz
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Marlies Volkmer
Manfred Zöllmer
Dr. Peter Struck und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333